

Konstruktiver Dialog

FVDZ Bayern trifft Gesundheitsministerin

Die beiden FVDZ-Landesvorsitzenden Dr. Reiner Zajitschek (l.) und Dr. Jens Kober hatten ein Gespräch mit Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml.

Gute Stimmung herrschte im Maximilianeum bei den Landesvorsitzenden des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte (FVDZ), Dr. Reiner Zajitschek und Dr. Jens Kober, und Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml. Am Rande einer Landtagssitzung traf sich die CSU-Politikerin mit den Spitzen des größten standespolitischen Zahnärzterverbandes in Bayern zu einem Austausch.

Zajitschek und Kober sprachen dabei folgende Punkte an: Freiberuflichkeit, Digitalisierung und Datensicherheit, Hygieneanforderungen und die überbordende Bürokratie in den Zahnarztpraxen.

Das Treffen war geprägt von einem konstruktiven Dialog. Zajitschek überreichte das Positionspapier des FVDZ zur Europawahl und stellte heraus, dass es den Zahnärzten in erster Linie um den Erhalt der Freiberuflichkeit gehe. Der FVDZ wende sich klar gegen Deregulierungstendenzen der EU-Kommission im Gesundheitswesen. Huml betonte, wie wichtig es sei, dass die Gesundheitspolitik grundsätzlich Angelegenheit der Mitgliedsstaaten bleibe.

Übereinstimmung herrschte auch bei der Ablehnung von investorenfinanzierten Zahnärztlichen Medizinischen Versor-

gungszentren (Z-MVZ). „Zur Eindämmung versorgungsschädlicher Monopolisierungstendenzen haben wir uns in diesem Bereich deutlich eingebracht“, bestätigte Huml in Bezug auf das Terminservice- und Versorgungsgesetz.

Bürokratie bereitet Probleme

Von der Ministerin aufgefordert zu benennen, wo Zahnärzte die größten Schwierigkeiten sähen, nannten Zajitschek und Kober die überbordende Bürokratie in der Praxis. Dazu gehören für den FVDZ zahlreiche Regelungen im SGB V, bei denen man die Zahnärzte gar nicht im Blick hatte – beispielsweise die Pflicht zu Mitarbeiterbefragungen im Rahmen des Qualitätsmanagements oder Hygienevorschriften. Zajitschek: „Das sind Regelungen, die für Krankenhäuser und große Einrichtungen bestimmt sind und in der Zahnarztpraxis keinen Sinn machen.“ Die Bürokratiebelastung für niedergelassene Zahnärzte sei derart angewachsen, dass junge Kollegen immer häufiger vor der Praxisgründung oder -übernahme zurückschreckten. Weitere Bereiche, die Zajitschek und Kober ansprachen, waren die Fortbildungspflicht nach § 95d SGB V, die alle fünf Jahre fällige Aktualisierung der Fachkunde im Strahlen-

schutz und die Praxisbegehungen durch die Gewerbeaufsichtsämter. Dabei fehle es oftmals an Augenmaß.

Huml informierte über die gemeinsame Kabinettsitzung des Bayerischen Ministerrats und der Sächsischen Staatsregierung, in der man sich für einen Bürokratieabbau im Gesundheitswesen ausgesprochen habe. Ihr Ministerium werde anregen, deziert die Zahnärzte einzubeziehen.

Enge Zusammenarbeit

Zur Diskussion um die mittlerweile vom Bundesrat verabschiedete Approbationsordnung für Zahnärzte (siehe S. 6 f.) machten die beiden Landesvorsitzenden deutlich, dass die Zahntechnik integraler Bestandteil der Ausbildung bleiben müsse. Auch bei diesem Thema will das Ministerium am Ball bleiben. Insgesamt zeigte das Gespräch Übereinstimmung in vielen Bereichen – insbesondere in puncto Bürokratie. Daneben wurde deutlich, dass die politische Vertretung der Zahnärzte und ihre Körperschaften eng zusammenarbeiten, was auch vom Staatsministerium für Gesundheit und Pflege positiv aufgenommen wird.

Anita Wuttke
München